

Nationalrat Georges Eggenberger: Bürgerliche auf Konfrontationskurs.

## **„Es werden Tretminen des Arbeitskampfes gelegt**

Alle Konjunkturprognosen würden einen klaren Aufwärtstrend erkennen lassen; trotzdem lehnten viele Arbeitgeber Lohnerhöhungen oder Arbeitszeitverkürzungen ab. Leider trete der Bund zur Zeit als grösster Arbeitsplatzvernichter auf, erklärte Georges Eggenberger an der gestrigen Delegiertenversammlung des Föderativverbandes in Bern.

Trotz dem sichtbaren Aufschwung der Wirtschaft wollten viele Arbeitgeber nicht einmal den vollen Teuerungsausgleich gewähren. „Dies ist eine Provokation“, stellte der abtretende Präsident des Föderativverbandes des Personals öffentlicher Verwaltungen und Betriebe, der Berner SP-Nationalrat Georges Eggenberger, fest. Doch die Gewerkschaften würden es nicht zulassen, „dass der Aufschwung nur in den Chefetagen, nur bei den Arbeitgebern“ stattfinde. „Wer wie die Arbeitgeber ständig Sozialpartnerschaft predige, aber puren Gruppenegoismus betreibe, der lege die Tretminen des Arbeitskampfes auf den Pfad der konjunkturellen Erholung“. Die Nichtgewährung von Lohnerhöhungen, vor allem des Teuerungsausgleichs, sei verantwortungslos, insbesondere gegenüber Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit kleineren und mittleren Einkommen. Nachteilige Auswirkungen habe diese Lohnpolitik auch auf die Einnahmen der öffentlichen Hand und der Sozialwerke. Eggenbergers Fazit: „Erst werden die Löhne gekillt, dadurch sinken die Einnahmen der AHV und jetzt kann man auch bei den Rentnerinnen und Rentnern mit dem Sozialabbau beginnen.“

Die Moral vieler Arbeitgeber sei in der Tat „auf den Hund gekommen“. Leider sei der Bund kein gutes Vorbild. Er sei zur Zeit der grösste „Arbeitsplatzvernichter“ in unserem Lande; „und das ist ein unhaltbarer Zustand“. Zwar sei es dem Föderativverband gelungen, Entlassungen fast ausnahmslos zu verhindern. Aber es bleibe als bittere Tatsache festzuhalten, dass bisher der Personalabbau nicht einmal habe reduziert werden können. Die vielgepriesene Sozialpartnerschaft sei für viele Arbeitgeber kein Thema mehr. Verbriefte Mitsprache- und Mitwirkungsrechte würden missachtet. Verhandlungen würden entwertet. Rücksichtslos ignoriere das Parlament Verhandlungsergebnisse zwischen den Personalverbänden und dem Bundesrat. Doch wenn der Verhandlungsweg verbaut werde, müssten die Gewerkschaften andere Wege und Mittel anwenden, um ihre berechtigten Begehren durchzusetzen. „Es wird wieder zu Streikaktionen kommen in diesem Land“.

Doch damit, meinte Eggenberger, ginge für den Werkplatz Schweiz ein sehr wichtiger Faktor im Konkurrenzkampf mit dem Ausland verloren, nämlich die soziale Stabilität. Bei der Teilrevision des Beamtengesetzes, die in den Räten zur Debatte steht, stellte Eggenberger härtesten Widerstand gegen die Flexibilisierung der Dienstverhältnisse in Aussicht. Ein solcher Abbau des sozialen Schutzes sei nicht akzeptabel, insbesondere bei den Monopolberufen würde damit die Sicherung der Beschäftigung massiv gefährdet.

Offenbar sollten nur noch jene Artikel des Beamtengesetzes geändert werden, die einen Abbau für das Personal brächten, protestierte Eggenberger. Der anwesende Direktor des Eidgenössischen Personalamtes, Peter Hablützel, ein Parteifreund Eggenbergers, hörte sich die Philippika ohne sichtbare Regung an.

Berner Tagwacht, 22.11.1994.

Föderativverband > Stellenabbau. Bundesverwaltung. TW, 1994-11-22